

ENTSCHLIESSUNGSSANTRAG

der Abgeordneten Gerald Loacker, Kolleginnen und Kollegen

betreffend COVID-Impfungen: stärkere Einbindung der Sozialversicherung

Der Sozialversicherung liegen sämtliche relevanten Versicherten-Daten für ein gezieltes und effektives COVID-Impfen vor: Angaben über das Alter, über die Vorerkrankungen (Diabetes, COPD,...) oder über die Arbeitgeber (Pflegeheim, Krankenhaus,...). Eine stärkere Einbindung der Sozialversicherung ins COVID-Impfprogramm und bei der Kontrolle des COVID-Impfplans wäre also sinnvoll gewesen. So hätten beispielsweise die COVID-Risikogruppen früher und gezielter mit Impfterminen und Impfungen versorgt werden können, was die Spitäler deutlich entlastet hätte.

So schrieb auch die Tageszeitung **"Die Presse"**: *In Österreich beispielweise ist die Situation auf den Intensivstationen in jenen Bundesländern, die quer durch den demografischen Gemüsegarten impfen und die vulnerable Altersgruppe der über 65-Jährigen links liegen lassen, besonders schlecht.* (1) Und auch die **Corona-Kommission** hat in den letzten Wochen mehrfach darauf hingewiesen: *"Im Prognosezeitraum der Kapazitätsvorschau wird der Impffortschritt innerhalb der Altersgruppe der 65-79-Jährigen, die für den Großteil des Spitalsbelags verantwortlich ist (rund 45% an allen ICU-Aufenthalten), derzeit als zu gering eingeschätzt, um einen maßgeblichen Einfluss auf die Hospitalisierungsrate zu haben."* (2) Außerdem wiesen auflagenstarke Zeitungen wie die **"Kronen Zeitung"** (3) oder die **"Kleine Zeitung"** (4) bereits mehrfach auf Fehlentwicklungen beim COVID-Impfen hin, wodurch vermeidbare schwere COVID-Verläufe und COVID-Todesfälle in Kauf genommen werden. Schlussendlich erfordern auch die bevorstehenden **Firmenimpfungen** eine bessere Datenabstimmung mit der Sozialversicherung, um unnötige Mehrfachimpfungen von vornherein zu vermeiden. (5)

Es ist damit evident, dass durch gezielteres Impfen der Älteren und Risikogruppen, die Situation der Spitalsbelegung in vielen Bundesländern deutlich entspannter wäre. Dass den Bundesländern beim Impfen dennoch übermäßig viel Verantwortung eingeräumt wird, unterläuft das Ziel einer effektiven Impfstrategie. Und auch das Gesundheitsministerium kommt seiner Aufsichtsfunktion bezüglich der Einhaltung des COVID-Impfplans viel zu wenig nach, weshalb eine stärkere Einbindung der Sozialversicherung in das COVID-Impfprogramm und in die Kontrolle des Impfplans ein wesentlicher Schritt in Richtung Entspannung der Spitalssituation ist.

Quellen:

(1) <https://www.diepresse.com/5960302/ein-konjunkturprogramm-namens-covid-impfung?from=rss>

(2) <https://corona-ampel.gv.at/corona-kommission/empfehlungen-der-corona-kommission/>

(3) <https://www.krone.at/2364294>

(4) https://www.kleinezeitung.at/international/corona/5943603/Kritik-wird-laut_Zu-wenige-Coronalmpfungen-fuer-Ueber75Jaehrige

(5) <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/5959043/Doppelte-Termine-Chaos-bei-geplanten-Coronalmpfungen-in-Firmen>

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

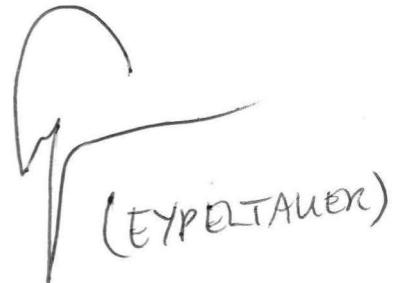
ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

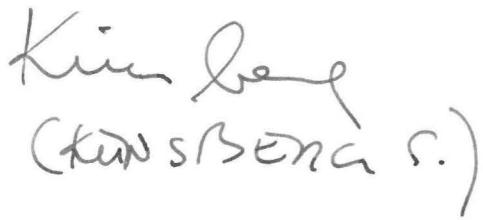
Der Nationalrat wolle beschließen:

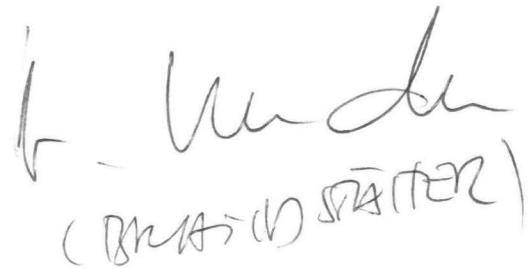
"Der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, die Sozialversicherung stärker in das COVID-Impfprogramm einzubinden, um die Einhaltung des COVID-Impfplans besser kontrollieren zu können. "

*In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den **Gesundheitsaus-**
schuss vorgeschlagen.*


Dr. Bernhard Wacker


Dr. Stephan Eypert


Dr. Klaus Wenzel


Dr. Michael Späth


Dr. Peter Hettich

